

Vorlage Nr. 101.18.517

30. März 2017  
1 von 2

## **Gesundheitsschutz ernst nehmen - Autobahnausbau stoppen**

### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung Kassel möge beschließen:

Zum Gesundheitsschutz der Kasseler Bevölkerung und der Umwelt spricht sich die Kasseler Stadtverordnetenversammlung gegen den weiteren Ausbau und Neubau der Autobahnen in und um Kassel aus. Der Magistrat wird beauftragt in allen Verfahren zum Ausbau von Autobahnen auf die Verringerung der Gesamtbelastung an Luftschadstoffen und Lärm einzuwirken.

### **Begründung:**

Trotz Verbesserungen in der Technik führt immer mehr Verkehr zu nicht akzeptablen Belastungen von Anwohner\*innen und Umwelt durch Luftschadstoffe und Lärm. Mit zahlreichen Autobahnausbauten und Neubauten werden neue Kapazitäten für mehr Autoverkehr rings um Kassel geschaffen:

Mit dem Neubau der Autobahn 49 von Neuental bis zur A5 bei Gießen wird sich der überwiegende Teil des Lkw-Verkehrs von der wesentlich bergigeren A7 verlagern. Bei den hohen Lkw-Zahlen ist der anschließende Ausbau der A49 auf 6 Streifen heute schon absehbar. Den Verkehr aus dem Süden am Kreuz Kassel West an der Nutzung der geradeaus weiterführenden A49 zu hindern ist illusorisch. Der Logik der Bereitstellung immer neuer Kapazitäten folgend, ist auch in diesem A49 Abschnitt der 6-streifige Ausbau absehbar.

Der Neubau der A44 in Richtung Wommen/Herleshausen schafft erhebliche neue Kapazitäten für mehr Verkehr. Die gemessenen Verkehrs-Zahlen mit auf weiten Strecken weniger als 20.000 Kfz/24 Stunden (2010) rechtfertigen eigentlich keinen Bau einer Autobahn.

Der 8-streifige Ausbau zwischen Kassel Ost und Kassel Süd ist bereits im Gange.

Die Luftbelastung im Ballungsraum Kassel überschreitet die Grenzwerte für NO<sub>x</sub>. Bei der Ausbau- und Neubauplanung der Autobahnen spielt die Überlastungssituation des Ballungsraums und das Verschlechterungsverbot bisher keine Rolle.

Das Klimaschutzziel des Landes Hessen, die Treibhausgasemissionen bis 2020 im Vergleich zum Jahr 1990 um 30 Prozent und bis zum Jahr 2025 um 40 Prozent zu senken, spielt bisher in den Planungsverfahren zum Straßenaus- und -neubau keine Rolle.

Quelle: <https://umweltministerium.hessen.de/presse/pressemitteilung/hessen-beschliesst-klimaschutzziele-fuer-die-jahre-2020-und-2025-abgerufen-am-20.3.2017>

Der berechtigte Widerstand von Anwohner\*innen und Ortsbeiräten gegen absehbar höhere Belastungen durch Autobahnausbauten und -neubauten findet bisher keine konsequente Berücksichtigung in der Politik und im Verwaltungshandeln der Stadt Kassel.

„Straßenverkehrslärm stört oder belästigt mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung. Eine generelle Regelung zum Schutz vor Straßenverkehrslärm gibt es in Deutschland nicht. Nur beim Neubau oder einer wesentlichen Änderung einer Straße sind zum Lärmschutz Immissionsgrenzwerte festgelegt.“

Quelle: <http://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr-laerm/verkehrslaerm/strassenverkehrslaerm> 20.3.2017

Berichterstatter/-in:                    Stadtverordneter Lutz Getzschmann

gez. Lutz Getzschmann  
Fraktionsvorsitzender